

GRAZER

www.kpoe-graz.at

Stadtblatt



Ausgabe 11, Dezember 2010 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Kasernengrund für Gemeinde-Wohnbau

Stadt kauft Kaserne

Elke Kahr: Langer Atem zahlt sich aus

Seite 2-3



Wer sich von der Stadtregierung eine reiche Bescherung erhofft hat, wird leider enttäuscht. Am Steuer sitzt schon längst der Krampus. Kanal, Müll, Fernwärme, Strom und Gas werden teurer. Seite 4.

200.000 Euro Abfertigung für Vorstandsdirektoren.

Seite 6

ZITIERT

Wir sind gut durch die Krise gekommen. Diese Botschaft wird penetrant unter die Menschen gebracht. Ohne Rücksicht auf die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit, ohne Rücksicht auf die milliardenschwere und langfristige Belastung durch den Bankrettungsschirm.

Albrecht Müller, Publizist



„Schauen Sie sich nur meine billige Swatch-Uhr an, ich bin ein absoluter Konsumverweigerer. Mir reichen 10.000 Euro im Monat.“

Mirko Kovats, musste mit seinem A-Tec-Konzern Konkurs anmelden. Er wollte das Kraftwerk in Voitsberg wieder in Betrieb nehmen.

Der Pharmakonzern Roche sperrt in Graz zu.

Die Aktien steigen:

Das Roche beim angekündigten Sparprogramm nicht mit der kleinen Kelle anrichten werde, sei allgemein erwartet worden, kommentiert die St. Galler Privatbank Wegelin. Die hohe Dividendenrendite von 4,2% sei ein weiteres Argument, dem „Bon“ treu zu bleiben. Die günstige Bewertung des Titels dürfte zudem weiteres Kurspotenzial bergen und eine Annäherung an die Marke von 150 CHF scheinbar zumindest möglich.

(Neue Zürcher Zeitung, 18.11. 2010)

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

STADT GRAZ KAUFT HUMMELKASERNE

Elke Kahr: Gemeinsam wick

Was 2006 mit einer KPÖ-Unterschriften-sammlung „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“ begann, wird nun Wirklichkeit. KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Wir haben gemeinsam ein wichtiges Ziel erreicht.“

ZAHLEN

Derzeit stehen 1800 Menschen auf der Warteliste für eine Gemeindewohnung.

Insgesamt wohnen rund 25.000 Grazer in 11.000 Wohnungen mit Einweisungsrecht der Stadt. Das sind acht Prozent der Bevölkerung.



Der Grazer Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 18. November den Ankauf von 38.000 Quadratmetern (etwas mehr als die Hälfte der gesamten Fläche der Hummelkaserne) um 2,7 Millionen Euro einstimmig beschlossen.

Auf diesem Grundstück werden 90 Gemeindewohnungen gebaut, freut sich Wohnungsstadträtin Elke Kahr, die über viele Jahre hindurch für den Ankauf kämpfte. Bis 2012 wird die Umstrukturierung des Bundesheeres noch dauern. Im selben Jahr werden die Kasernenbauten abgerissen, sodass 2013 mit dem Baubeginn für die Gemeindewohnungen zu rechnen sein wird.

Daneben soll ein Pflegeheim für unsere älteren Mitbürger entstehen, als Alternative



für den Standort Max-Mell-Allee. Da das Grundstück an die Reininghausgründe angrenzt, sind in den 38.000 Quadratmetern etwa auch Flächen für eine Straßenbahntrasse und für Radwege vorgesehen.

Elke Kahr: „Dieses erfreuliche Ergebnis beweist, dass sich ein langer Atem lohnt und dass auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen

positive Ergebnisse für die Menschen und eine soziale Stadtentwicklung in Graz erreicht werden können“.

Initiativen werden weitergehen.

Die Stadt Graz muss jährlich Grundstücke für den kommunalen Wohnbau kaufen und auch weiter bauen. Es darf nicht so sein wie in der Vergangenheit, wo die Stadtregierung keine Grundstücke für Gemeindewohnungen ankaufen wollte. Dem städtischen Wohnbau wurde einfach keine Bedeutung beigemessen. Man meinte, dass der private Wohnungsmarkt alles abdecken könne. Ein großer Irrtum, wie sich heute mehr denn je zeigt.

Mehr Gemeindewohnungen: Das ist die einzige Antwort auf teures privates Wohnen. Es gibt kein besseres Mittel gegen Wohnungsspekulation als ein gut funktionierendes soziales Wohnungswesen.



Tausende Grazerinnen und Grazer unterschrieben für „Wohnen am Kasernengrund“. 2006 wurden über 10.000 Unterschriften an Parlamentspräsidentin Barbara Prammer übergeben.

tiges Ziel erreicht



Lokalaugenschein 2006: Wohnungsstadträtin Elke Kahr besichtigt die Hummelkaserne, die vom Bundesheer zum Verkauf ausgeschrieben ist. Eine Unterschriftenaktion wird gestartet. 2010: Die Stadt kauft rund die Hälfte des Geländes, um dort Gemeindefamilienwohnungen und ein Pflegeheim zu bauen.

Mieter-Notruf

Tel. **0316 71 71 08**

Beratung und Hilfe in allen
Wohnungsangelegenheiten. Mit
KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr



Stadtregierung wird verkleinert

Die KPÖ fordert es seit Jahren, jetzt wird es ernst: Bei der nächsten Wahl wird die Stadtregierung von 9 auf 7 Mitglieder geschrumpft. „Wir fordern die Verkleinerung seit 1998 und wurden von FPÖ, ÖVP, SPÖ und Grünen als Populisten bezeichnet“, so KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. Es kommt darauf an, die Demokratie zu stärken und die Kontrolle der Regierung durch den Gemeinderat auszubauen. Auch die Bezirksdemokratie gehört verbessert.

Kunden benachteiligt

5000 Halbjahreskarten unter der Bezeichnung „Frischluftritticket“ warf die GVB um 99,- Euro auf den Markt. 87,- Euro billiger als das herkömmliche Halbjahres-ticket. Ein solches Ticket bekam aber nur, wer in den vergangenen 12 Monaten keine Jahres- oder Halbjahreskarte gelöst hat.

„Treue GVB-Kunden werden sich hier wohl verschaukelt vorkommen, denn gegenüber allen Neukunden sind sie im Nachteil“, stellt KPÖ-Gemeinderat und Verkehrssprecher Manfred Eber fest.



MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Keine schöne Bescherung

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Das ist keine schöne Bescherung: Kanal, Müll, Fernwärme, Strom und Gas werden teurer. Diese Belastungswelle kommt nicht von der Bundesregierung. Ausgelöst wurde sie im Grazer Rathaus.

Und es ist immer dasselbe: Politiker und Manager sagen, dass die Steigerung eh nur gering und leicht zu verkraften wäre.

Und dann wundern sie sich, wenn die Leute ihre Rechnungen und Vorschriften nicht mehr zahlen können.

Es ist ja so, dass auch Brot und andere Grundnahrungsmittel teurer

werden. Und es ist so, dass immer mehr Leute immer weniger Geld zur Verfügung haben.

Wir lehnen diese Belastungen ab und versuchen zu helfen, wo wir nur können. Wenn es aber oben kein Umdenken gibt, dann werden die Zustände immer schlimmer werden.

Es ist an der Zeit, die Verantwortlichen daran zu erinnern. Das Christkind wird uns nämlich die soziale Stadt nicht auf den Gabentisch legen. Es kommt auf uns selbst an.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Elke Kahr Tel. 872 20 60
stadtraetin.kahr@stadt.graz.at



KLEIN, ABER MIT BISS



Voves und Schützenhöfer: Vor der Wahl wie Hund und Katz, jetzt ein Herz und eine Seele. Freunderlwirtschaft schmiedet eben zusammen.

AUS DEM INHALT

Gebührenerhöhungen 20114	400 Arbeitsplätze weg5
200.000 Euro Abfertigung6	Zebrastrifen Pro und Kontra.....7
Befragung zu Murkraftwerk. . 8/9	K&Ö: Fehlt Altstadtschutz? 10
Stadt verkauft Stadion11	Nicht die Wahrheit 12/13
Belastungspaket..... 14/15	Übers Fahrrad zu Arbeit16
Heizkostenzuschüsse/Beihilfen 17	rotos Annenstraße18
Niedrige ASKÖ Halle.....19	Aus den Bezirken 20/21
Impressum22	Leserbriefe/Kleinanzeigen . 22/23
EU-Beamtenprivilegien24	

GRAZ: WIEDER GEBÜHRENERHÖHUNG

Müllabfuhr, Kanal, Fernwärme, Strom und Gas werden teurer

Die schwarz-grüne Mehrheit in der Stadtregierung schnürt ein städtisches Belastungspaket: Die Gebühren für Müllabfuhr und Kanal werden angehoben. „Diese Belastung erhöht die Wohnkosten“, kritisiert KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann.

Gegenüber Unternehmern ist man großzügig – etwa bei der Übernahme von Haftungen –, die Umstellung auf ein neues Logo lässt man sich 1,1 Millionen Euro kosten. Für die Masse der Bevölkerung gibt es Belastungen. Beispielsweise höhere Gebühren in den Blauen Zonen (ab 2012) oder eine höhere Hundesteuer.

2011 kommt es zu empfindlichen Verteuerungen bei

Fernwärme, Strom und Gas in Graz. Die Fernwärme soll um 6% teurer werden, Gas um 2,5% und Strom um 2 Prozent.

Die Grazer KPÖ tritt für einen Belastungsstopp auf kommunaler Ebene ein.

Wohnungsstadträtin Elke Kahr und KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann wenden sich entschieden gegen diese Belastungen.

Elke Kahr: „Wir erinnern uns noch gut daran, wie man uns beim Verkauf des Energiebereiches der Stadtwerke sinkende Energiepreise versprochen hat. Davon ist schon lange keine Rede mehr. Ich frage mich auch, wie man der

Graz wird teurer: Ab 1. Jänner werden Müll und Kanal teurer, ab 2012 soll das Parken in den Blauen Zonen mehr kosten.



Bevölkerung den Umstieg auf Fernwärme schmackhaft machen will, wenn genau diese Energieform schneller teurer wird als andere. Pikant ist die Tatsache, dass die Energie Graz diesen Preissprung mit dem erhöhten Investitionsmittelbedarf für den forcierten

Fernwärmeausbau begründet“.

Die Grazer KPÖ lehnt diese Massenbelastungen ab. Elke Kahr: „Diese Erhöhungen werden verbunden mit dem Belastungspaket des Bundes zur Vergrößerung der sozialen Probleme in unserer Stadt führen.“

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Veranstaltungsort

Im September war der Zirkus Frankello zu Gast in Graz. Untergebracht war



er mangels Zirkuswiese am Weiberfeldweg auf einem viel zu kleinen Platz. Probleme mit Anrainern wie mit Parkplätzen waren vorprogrammiert. KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora machte sich im Gemeinderat für die Suche nach einem geeigneten und kostengünstigen Veranstaltungsort für diverse Gastspiele in Graz stark.

GVB für Hunde

Kleine Haustiere dürfen ihre Besitzer in Bus und Bim gratis begleiten. Für größere Tiere empfehlen die GVB auf ihrer

Homepage, Zeitkarten zu kaufen. KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch machte darauf aufmerksam, dass Zeitkarten für Haustiere gar nicht angeboten werden und drängte im Gemeinderat auf Abhilfe.



Bedenkliche Waren

Auf Grazer Flohmärkten tauchen immer wieder verbotene Nazi-Reliquien oder genehmigungspflichtige Waffen auf. KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch setzte sich im Gemeinderat dafür ein, dem Handel mit solchen „Waren“ einen Riegel vorzuschieben.

Optimierte Behandlung

Die Jugendwohlfahrt gewährt unter bestimmten

Voraussetzungen einen Zuschuss zur psychologischen Betreuung. Allerdings: Die Einheiten, für die es einen Zuschuss gibt, müssen innerhalb eines halben Jahres verbraucht werden. „Die Behandlungstermine folgen zu dicht aufeinander. Oft wäre aber ein längerer Betreuungszeitraum besser“, sagt KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer. Sie tritt für eine Ausdehnung des Förderzeitraums ein.

Mehr Personal

In den letzten Jahren ist die Zahl jener, die vom Sozialamt betreut werden, stark gestiegen – im Gegensatz zum Personal des Amtes. Eine Belastung für die Betreuten – und für



die dort Arbeitenden.

KPÖ-Gemeinderätin

Uli Taberhofer drängte auf mehr Personal für das Sozialamt, zumal mit Einführung der Mindestsicherung noch mehr Arbeit auf die Beschäftigten zukommen wird.

Teurer Sturzplatz

Seit drei Jahren kostet die Fahrt zum Entsorgungszentrum beim Sturzplatz 4 Euro. Die KPÖ warnte seinerzeit vor der Abgabe, weil sie zur Folge haben könnte, dass die Leute das Altmaterial nicht mehr zum Sturzplatz bringen wollen und die Müllsammelstellen „übergehen“. KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber drängte auf eine Überprüfung der Abgabe.



GRAZ VERLIERT 400 ARBEITSPLÄTZE

Roche Diagnostics geht weg

„Ein multinationaler Pharmakonzern zeigt seinen Beschäftigten, der Stadt Graz und dem Land Steiermark die lange Nase. In diesen Kreisen zählt nur der Höchstprofit: Es geht denen nicht darum, dass die Menschen eine sichere Arbeit haben.“ Das sagte der steirische Arbeiterkammerrat Peter Scherz (Gewerkschaftlicher Linksblock) zum Beschluss der Spitze des Pharmakonzernes Roche, den Standort von Roche Diagnostics in Graz zu schließen und die Forschung auf diesem Gebiet in der Schweiz zu konzentrieren. Die KPÖ fordert Land und Stadt Graz auf, die Förderungen für den Standort

– 1,4 Millionen Euro – zurückzuverlangen.

Dabei ist der Standort von Roche in Graz (Kratkystraße 2) derzeit mit 400 Beschäftigten das Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionszentrum für Blutgas-, Elektrolyt- und Metabolit-Analysesysteme für Roche Diagnostics weltweit. Diese Systeme werden in Spitälern für die Blut-Analyse eingesetzt.

Peter Scherz: „Roche Diagnostics in Graz ist in den vergangenen Jahren von Stadt und Land mit Steuermitteln gefördert worden. Das soll jetzt alles nichts mehr gelten. Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat die Rendite



In Graz entwickelt und hergestellt: Blutgasanalysegerät cobas b 123 system © F. Hoffmann-La Roche AG

Vorrang vor dem Schicksal hochqualifizierter Arbeiter und Angestellter.“

MEINUNG



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammerrat
des GLB

Theaterdonner

Wir werden die Krot nicht fressen“ lautete der Titel einer Kampagne der Arbeiterkammer (AK). Die Vorschläge für vermögensbezogene Steuern (Reichen-, Spekulationssteuer...) waren berechtigt und sehr gut platziert, aber was ist davon übriggeblieben? Statt Steuern auf Reichtum und Vermögen gibt es Belastungen für die Masse. Für die AK besteht jetzt ein gewaltiger Argumentationsbedarf.

Wer nach der Finanzkrise am meisten bluten wird, sind die Familien, die für die Schulden des Finanzkapitals jetzt geradestehen müssen. Sie treffen vor allem die geplanten Kürzungen bei der Familienbeihilfe: keine Beihilfe für arbeitssuchende Kinder von 18 bis 21 Jahren, keine für Studierende ab 24. Hinzu kommt die Kürzung der 13. Familienbeihilfe zu Schulbeginn, die für viele Familien eine Entlastung war.

Massensteuern würden nicht kommen, haben unsere großen Politiker (vor den Wahlen) versprochen. In welche Kategorie fällt dann die Erhöhung der Mineralölsteuer? Ja, sie haben es wieder einmal geschafft, die Schwächsten am stärksten zu treffen. Wie erstaunlich gut sich doch Schwarz und Rot verstehen, sobald die Wahlen vorbei sind! Für die Wähler sei dieser Umstand ein Grund, in Zukunft dem Theaterdonner vor den Wahlen nicht mehr so große Bedeutung beizumessen, meint ihr

Peter Scherz

TATORT

Arbeitsplatz

BERATUNG

in Fragen des
ARBEITSLEBENS und BERUFSALLTAGS

jeden **MONTAG** von 16 bis 18 Uhr
(Feiertage ausgenommen)
in der **Lagergasse 98 a - 8010 Graz**

oder Tel. **0660 / 1426 080**
E-Mail: glb@glb-steiermark.at

Gewerkschaftlicher Linksblock Steiermark im ÖGB
Lagergasse 98 a • 8010 Graz
<http://www.glb-steiermark.at/>



mit Anne Rieger und
Georg Erkingler



Wilde Minze

Der Dokumentarfilm „Wilde Minze“ läuft in Graz. Er erzählt die Geschichte einer Mutter-Tochter-Beziehung über den Tod hinaus. Protagonistin ist die Villacher Zeitzeugin Helga Emperger, deren Mutter im Dezember 1944 in Graz hingerichtet wurde. Ein Film über Verlust, Trauer, Lebensfreude, Zivilcourage und die langfristigen Folgen des NS-Terrors, der zeigt, dass Heldentum eine leise Angelegenheit ist. Von 3. bis 16. Dezember im Filmzentrum im Rechbauerkino.

„HAUS GRAZ“: KEINE VORTEILE, NUR KOSTEN

1,1 Millionen für vier Buchstaben

Die von der schwarz-grünen Stadtsenatsmehrheit unter dem Namen „Haus Graz“ durchgesetzte Reform entzieht nicht nur dem Gemeinderat Kompetenzen, sondern kostet die Stadt auch eine Stange Geld.

triebe aus der Stadtverwaltung ausgegliedert und in die Graz Holding übergeführt. In den Verträgen wird ein Weiterverkauf von Kanal und Müllentsorgung an Private nicht ausgeschlossen.

Belastungspaket

Die Umstellung bringt keinerlei Vorteile für die Bevölkerung. Das sieht man an den aktuellen Tarif- und Gebührenerhöhungen bei GVB, Müllabfuhr, Kanal.

Die Ausgliederung bringt auch keine budgetären Vorteile für die Stadt. Sehr wohl aber wird das Vermögen der Stadt verringert. Die Stadt bringt Vermögenswerte von 35 Millionen Euro in die Holding ein, bei der Stadt bleiben außer dem Kanalnetz und der Kläranlage die Schulden.

Mit Jahreswechsel werden 417 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Magistrat der GBG zugewiesen. Es ist fraglich, ob der bisherige Standard bei den Arbeiten erhalten werden kann. Man will nämlich in diesem Bereich bis 2015 die Ausgaben um 3,5 Millionen Euro kürzen! Das muss zu Lasten der städtischen Beschäftigten gehen.

Schlechtere Verträge

Längerfristig soll versucht



So präsentiert sich das neue Erscheinungsbild der Stadt. Der Privatisierungsschritt mit neuen Namen für Stadt und städtische Unternehmen machte eine Neugestaltung notwendig, die zwar hausintern gemacht wurde, unterm Strich aber trotzdem in Summe 1,1 Millionen Euro (über 15 Millionen Schilling) an Umstellungskosten verschlingt.

werden, durch schlechtere Verträge für neueintretende Beschäftigte Einsparungen zu erzielen. Dafür soll ein drittes Vorstandsmitglied kommen: Wenn es um die Versorgung mit Polit-Posten geht, wird weiterhin nicht gespart!

Die Entwicklung der letzten Monate zeigt, dass sich die Warnungen der KPÖ vor dem Ausgliederungsprojekt Haus Graz bewahrheitet haben. KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Wir lassen uns auch in Zukunft nicht durch billige Werbetricks davon abhalten, Fehlentwicklungen aufzuzeigen“.

Variobahn

Die erste Großtat der neuen Graz-Holding ging ordentlich in die Hose: Die neue Variobahn rumpelt dermaßen über die Schienen, dass Anrainer und Fahrgäste keine Freude damit haben. Nun müssen



Foto: Stadler

alle neuen Straßenbahnen umgebaut werden. Insider meinen, die Variobahn hätte nie gekauft werden dürfen, weil sie vom Prinzip mehr Eisen- als Straßenbahn ist und dadurch Schienen und Umgebung zu sehr belastet.

Oben wird nicht gespart

Oben wird nicht gespart. Der Vorstand in der Holding Graz wurde von 2 auf 3 Mitglieder aufgestockt. Die Gagen werden sich auf fast 1 Million Jahr summieren. Der Beschluss darüber fällt in der Gemeinderatssitzung am 13. Dezember.

Es kommt aber noch dicker.

Die Vorstandsdirektoren Wolfgang Malik und Wolfgang Messner erhalten von der Stadt noch je eine Jahressumme Abfertigung. Diese wird fällig, weil sie durch die Umgründung der AG zur Holding neue Verträge bekommen. Sie bekommen laut Vertrag jeweils mehr als 200.000 Euro.

HOLDING GRAZ: DIE NEUEN GEHÄLTER DER VORSTANDSDIREKTOREN

Wolfgang Malik	15.504 Euro, 14mal
Wolfgang Messner	14.504 Euro, 14mal
Barbara Muhr	14.504 Euro, 14mal

Alle drei haben Anspruch auf einen Dienstwagen mit Privatnutzung. Messner und Malik behalten ihre BMW (530xi bzw. X5). Malik und Messner bekommen jeweils mehr als 200.000 Euro Abfertigung. Dabei behalten sie ihre Posten. Bloß: Die AG wurde in eine GmbH umgewandelt.

VERKEHRSFALLE ODER HILFE FÜR FUSSGÄNGER? Zebrastreifen vor dem Aus?



Zebrastreifen: eine aussterbende Art?

silva photoArt

Zebrastreifen bieten nicht genug Sicherheit für Fußgänger, behaupten Verkehrsexperten. Sie sollen abgeschafft werden. Viele Leute sehen das anders.

den „Schutzwegen“ passieren würden. Auch Internationale Verkehrsexperten und Autofahrerklubs begründen ihren Ruf nach einer generellen Abschaffung von Schutzwegen damit.

Straße überqueren, ohne zu schauen bzw. Blickkontakt mit anderen Verkehrsteilnehmern herzustellen, ist das natürlich gefährlich“, sagt Ina Bergmann, „hier müsste man ansetzen, um eine Verhaltensänderung zu bewirken. Generell freie Fahrt für Autos ohne Platz für Fußgänger kann nicht die

Lösung sein. Besonders Ältere oder körperlich beeinträchtigte Leute brauchen Querungsmöglichkeiten, wo der Autoverkehr Nachrang hat.“

Fußgänger-Rechte

In einem Dringlichkeitsantrag im Grazer Gemeinderat forderte die KPÖ-Gemeinderätin mehr Rücksicht auf Fußgänger-Interessen. Zumindest in Einzelfällen hat Vizebürgermeisterin Lisa Rücker eingelenkt: Der Zebrastreifen in der Eckertstraße soll doch kommen. Und für die Herrgottwiesgasse ist laut Rücker eine Druckknopfampel die beste Lösung, allerdings fehlt noch die Zusage dafür.

Für eine Entwarnung ist es zu früh. „Die KPÖ wird bei der Erstellung des Mobilitätskonzeptes genauestens auf die Interessen von Fußgängern achten, damit diese nicht im wahrsten Sinne des Wortes zu einer „bedrohten Art“ werden“, versichert Bergmann.

Anfang des Jahres erstrahlte die frisch sanierte Eckertstraße in Eggenberg in neuem Glanz. Doch erstaunlicherweise gibt es auf ihrer gesamten Länge keinen Fußgängerübergang, selbst nicht an der Kreuzung Eckertstraße/Absengerstraße nahe einem Seniorenheim sowie einer Straßenbahnhaltestelle. Anfangs dachte KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann an einen Irrtum, doch beim Straßenamt erklärte man, der Zebrastreifen könne dort aus Sicherheitsgründen nicht erneuert werden.

Die Eckertstraße ist kein Einzelfall. Ähnlich brisant ist die Situation in der Kapellenstraße oder der Herrgottwiesgasse, wo Fußgänger bereits seit Jahren einen Schutzweg fordern. Das Straßenamt verweist auf Statistiken, denen zufolge die meisten Unfälle auf

Gefahr

„Wenn Fußgänger die

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Schutzweg oder Verkehrsfalle

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

Ich finde es richtig, das Straßenübergänge weiterhin mit Zebrastreifen gesichert werden.

 Ja

 Nein

Eigene Gedanken und Anregungen:

Ich möchte regelmäßige Informationen über die KPÖ-Graz erhalten

Name:

Adresse:

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An das
**Grazer
Stadtblatt**
stadtblatt@kpoe-graz.at

c/o KPÖ-Graz
Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 71 62 91

MURKRAFTWERK PUNTIGAM: BEVÖLKERUNG SOLL ENTSCHIEDEN

Volksbefragung: Hoffn

Nachdenkpause beim Puntigamer Murkraftwerk. Nun soll eine Volksbefragung im Frühjahr entscheiden, ob die letzte freie Fließstrecke der Mur verbaut werden soll.

Die letzten Herbstblätter wiegen sich im Wind. Es riecht nach Wald, nach Erde, nach Herbst und ein bissl nach Mur. Still strömt der Fluss unter dem Puchsteg durch – voll Hoffnung, seit bekannt wurde, dass die EStAG ihr Kraftwerksprojekt auf Eis gelegt hat.

Nun sollen die Grazerinnen und Grazer befragt werden, ob die letzten unverbauten Murstrecken einem nicht mehr zeitgemäßen Kraftwerk weichen müssen.

Gefahr für Fischerei

Die Pläne der EStAG sind ein Gräuel: Die Ufer sollten verwüstet, rund 5000 Bäume

gefällt, der Fluss selbst zum See gemacht werden. Der unlängst renovierte Puchsteg wäre ebenso in Gefahr wie der Lavapark in Puntigam und die Paddelstrecke auf freiem Fließwasser. Die Gärten vieler Grazer im Staubereich wären ebenso in Gefahr wie die Flussfischerei.

87 Millionen Euro sollen durch die EStAG für das Grazer Murkraftwerk ins Fließen gebracht werden. Unter dem Deckmäntelchen der „grünen“ Wasserkraft wirbt man für das Projekt, das zu Spitzenzeiten gerade 4% des Grazer Strom-

bedarfs decken und 20.000 Haushalte mit Strom versorgen kann. Im Winter reicht der Saft aus dem Kraftwerk nur für 5.000 von rund 110.000 Grazer Haushalten.

Estag ist Atomstrom

Mit „Murstrom statt Atomstrom“ wirbt die EStAG für das Projekt – und verschweigt dabei, dass die französische EdF als Miteigentümer der EStAG dutzende Atommeiler in verschiedenen Ländern betreibt. Egal, ob die EStAG Wasserkraftwerke betreibt oder nicht.

Dass anderes zeitgemäß ist, zeigt ein Bauernpaar aus St. Nikolai ob Draßling. Es hat 370.000 Euro investiert in eine Photovoltaik-Anlage zur Herstellung von Sonnenstrom, mit der es den Schweinezuchtbetrieb – oder 35 Haushalte – mit Strom versorgt. Die Anlage ist auf bestehende Dächer gebaut; ohne Eingriff in Natur und Umwelt. Da wäre auch in Graz viel möglich. Man denke nur an die riesigen, ungenutzten Dachflächen der Industriebetriebe wie Magna. Hier könnten etwa die Stadtwerke

www.retteddiemur.at

STADTENTWICKLUNG

Das Murkraftwerk in Puntigam widerspricht dem Stadtentwicklungskonzept (STEK). Dort ist der Schutz des Lebensraums von Tieren und Pflanzen klar festgelegt: „Die Mur mit ihren Uferbereichen ist ein wertvolles Naherholungsgebiet und Wanderstrecke für Fauna und Flora“, steht im Stadtentwicklungskonzept, das eine „Revitalisierung“ der Murufer vorschreibt und keine Zerstörung à la EStAG-Projekt. Laut STEK müssen die Ufer von einer Verbauung freigehalten werden. Außerdem ist eine Verbesserung der Wassergüte gefordert. Eine Anhäufung von Stauseen bewirkt das Gegenteil.



Groß ist die Verwüstung an der Mur südlich von Graz, wo bereits zwei Wasserkraftwerke gebaut werden.

ung für die Mur

als Mieter und Investor aktiv werden.

Protest immer größer

Die Werbemaschine der EStAG lief lange auf Hochtouren und machte Stimmung für das Kraftwerk. „Man gibt Unsummen für Inserate aus, die dann Gefälligkeitsartikel zur Folge haben“, ärgert sich KPÖ-Stadträtin Elke Kahr über das Monsterprojekt in Puntigam, „man verspricht den Menschen Erholungslandschaften, deren Finanzierung in den Sternen steht“.

Das haben viele Grazer längst durchschaut. Über 25.000 haben bei www.rettetdiemur.at gegen das Projekt

unterschrieben, das die letzte freie Fließstrecke der Mur im Großraum Graz kaputt machen würde.

Zweifelhafte Methoden

Tatsächlich ist die EStAG schwer unter Druck. Mitarbeiter wurden „ersucht“, Unterschriften für das Projekt zu keilen. Mindestens 20 Unterschriften pro Mitarbeiter habe man erwartet, geht aus einem EStAG-Mail hervor, das der Plattform rettetdiemur.at zugespielt wurde. Im dieser E-Mail wurde empfohlen, die Unterschriften überall in der Steiermark zu sammeln – für ein Kraftwerk in Graz.

Die KPÖ steht voll hinter

rettetdiemur. Man soll sich nur an Stuttgart, wo Tausende gegen einen unterirdischen Bahnhof protestieren, oder an Hainburg, wo in den 80er Jahren die Zerstörung der Donauauen bei Wien verhindert wurde, erinnern, mahnt Wohnungstadträtin Elke Kahr. Die Hoffnung auf einen Sieg der Vernunft lebt.

• Die Stadt muss die Bevölkerung ehrlich informieren – ohne Hochglanz-Propaganda durch den Projektwerber EStAG.

• Hinter den Werbe-Sprüchen der EStAG verstecken sich die Profitinteressen von Baukonzernen.

WARUM PROTEST

- Der Wasserspiegel soll bis zu 9 Meter gehoben werden, das Siedlungsgebiet würde unter dem Wasserspiegel liegen: Überschwemmungsgefahr und Grundwassergefährdung! Das Kanalsystem im betroffenen Bereich müsste adaptiert werden – wer trägt die Kosten?
- Eine Staumauer und ein 4 Meter hoher Begleitdamm bis zum Augarten werden uns von der Mur abschneiden: wir würden nicht mehr auf den Fluss hinunter, sondern auf den Damm hinaufschauen.
- Der produzierte Ökostrom kann als solcher im Ausland verkauft werden – wenn aber im Winter der höchste Energiebedarf ist, hat das Kraftwerk wegen geringer Wassermengen wenig Nutzen.
- Der Uferwald wird bis zum Augarten kahlgeschlagen.
- Stehendes Wasser verursacht Faulschlamm, Fischsterben, Nebel, Gelsenplage.



Rettet die Mur, sie gehört uns allen! Nein zur Staustufe Puntigam!

Mit dem Bau der letzten fünf Staustufen will der Stromkonzern EStAG die von Leoben bis Spielfeld reichende Staukette entlang der Mur jetzt gänzlich schließen. Der letzte frei fließende Abschnitt der Mur und der Erholungs- und Freizeitraum in Graz würden damit für immer zerstört werden. Der Stauraum des Kraft-

werks in Puntigam soll sich bis in die Grazer Innenstadt ziehen. Uns GrazerInnen drohen dadurch massive Gefahren wie Überschwemmungen oder eine Verschlechterung der Luftqualität. **Wir fordern den sofortigen Stopp der Projekte und den Erhalt unserer Mur als frei fließenden Fluss.**

Name	Adresse	Kontakt (optional, E-Mail / Telefon)	Unterschrift

ZERSTÖRUNG DES WELTKULTURERBES GEHT WEITER

K&Ö: Historisches Gewölbe abgerissen

Dem Umbau von Kastner & Öhler fallen historische Bauelemente der Stadt zum Opfer.



Der Umbau von Kastner & Öhler geht zu Lasten der historischen Bausubstanz im Stadtzentrum.

Das nicht alles Gold ist, was glänzt, zeigt sich beim Umbau von Kastner & Öhler. Das unbestrittene Zugpferd im Wirtschaftsgeschehen des Stadtzentrums hat im Zug des Großumbaus die Admontergasse dicht gemacht – die beliebte Passage zwischen Sackstraße, Murgasse und Kai.

Noch schwerer wiegt die Zerstörung des historischen, 400 Jahre alten Kreuzgewölbes im alten Palais in der Sackstraße 13, Kundinnen und Kunden als Medienhaus bekannt. Es passte den Planern nicht mehr zum jetzigen „Infected-Stil“.

„Wieder einmal hat die Gier nach Profitmaximierung einen Teil unserer Stadtgeschichte für immer zerstört! Wo bleibt der

Aufschrei der Altstadtkommission?“, fragt KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch.

Die KPÖ drängt auf ei-

ne Ausweitung der Altstadt-Schutzzone. Die Bürgerbewegung „Graz denkt!“ informiert auf Facebook. 

GASTKOMMENTAR

Von Univ.-Doz. DI Dr. Hasso Hohmann

Kastner & Öhler 2010

Das Stammhaus des Großkaufhauses Kastner&Öhler (K&Ö) in der Grazer Innenstadt wurde 1911/1912 nach Plänen der bekannten Opernhaus-Architekten Helmer und Fellner errichtet. Seither wird der Baukomplex K&Ö ständig verändert und vergrößert. Der Versuch von Szyszkowitz&Kowalski, den Helmer&Fellner-Bau in der vorletzten Umbauphase etwas zu reanimieren, wurde durch die neuesten Baumaßnahmen wieder zunichte gemacht. So ist vom einst glanzvollen Jugendstilhaus, in dessen prächtigem Jugendstillift der Autor noch gefahren ist, fast nichts übrig.

Die Konkurrenz durch Shoppingcenter an der Peripherie setzt auch in Graz den Geschäften im Zentrum zu. Daher versucht K&Ö neue Publikumsanrei-

ze zu schaffen. Die Dächer über dem Stammhaus störten schon lange. So versucht man derzeit, eine optische Verbesserung mit einer funktionalen Aufwertung des Geschäftshauses zu kombinieren.

Im Zuge der auslaufenden Innenumbauten ist es zum unglaublichen Verlust eines 400 Jahre alten Palais gekommen. Es wurde 1629 errichtet, hatte die Nummer 13 in der Sackstraße und stand nördlich der Passage. Den Grazern ist der Bau im Erdgeschoß als Mediacyenter mit seinen mächtigen Kreuzgratgewölben in Erinnerung. Vom Palais steht nur noch die Straßenfassade. Wie ist so etwas möglich?

In den Plänen an die Altstadtsachverständigenkommission (ASVK) waren die Gewölbe des

Erdgeschoßes als nicht zu verändernder Bestand eingetragen. Nach außen traten sie durch die Auslagenscheiben deutlich in ihrer tragenden Funktion in Erscheinung und hätten nach §3 des Altstadtschutzgesetzes erhalten werden müssen. Der Abbruch der historischen Substanz erfolgte ohne Einreichung im Bauamt, ohne Gutachten der ASVK und ohne entsprechenden Bescheid.

K&Ö Vorstand Martin Wäg rechtfertigt den illegalen Abbruch damit, dass die Gewölbe nach Abbrucharbeiten oberhalb nicht mehr zu halten waren – Gewölbe gehören zum Beständigsten und Tragfähigsten in der Architektur! Je mehr Gewicht darauf lagert, desto besser halten sie. Sie waren ausschließlich der darunter geplanten Garage



wegen „nicht mehr zu halten“. Sie standen Herrn Wäg im Weg. Der Abbruch der 400 Jahre alten Gewölbe ist ein markanter Substanzverlust für das Grazer UNESCO-Weltkulturerbe. Die historischen Werte gehen im Zentrum der Stadt sukzessive verloren.

Nachdenklich stimmt auch der Verlust der ehemaligen Passage der bisher überbauten Admontergasse. Sie war schon lange Eigentum von K&Ö, wurde aber im Zuge der Veränderungen endgültig verbaut und existiert nicht mehr. Auch hier stellt sich die Frage nach der Begutachtung durch die ASVK.

SCHULDENTARNUNG

Stadt verkauft Stadion



Liebenauer Stadion – eine von mehreren Immobilien, die jetzt von der Stadt verkauft werden.

Um 17,3 Millionen Euro verhökert die Stadt Immobilien, darunter das Stadion, die Thalia und die Eishalle.

In kürzester Zeit wurde verschleudert, was Generationen aufgebaut haben. Rathaus, Oper, Bad zur Sonne gehören längst nicht mehr der Stadt. Jetzt verkauft man im nächsten „Immobilienpaket“ die UPC-Arena, die Eishalle Liebenau und die Thalia an die Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft (GBG), eine Tochter der Stadt. Und weil diese die an sie übertragenen Immobilien weiterverkauft, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Stadt ihre Bauwerke ganz privatisiert hat.

Schulden tarnen

Hintergrund für diesen seit Jahren angewandten Finanztrick ist die Verschleierung der städtischen Schulden und das Aufpeppen des Stadtbudgets durch Einmaleinnahmen. Die Stadt muss die Immobilien

für teures Geld zurückmieten. Bereits 14,5 Millionen Euro an Mieten überweist die Stadt jährlich an die GBG: für Bauten, die einst der Stadt gehört haben.

„Dieses Finanzierungskonzept wird der Stadt einmal fürchterlich auf den Kopf fallen“, warnt KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, „das hat zu einer Explosion der laufenden Ausgaben geführt, anstatt die jahrelang versprochene Budgetsanierung einzuläuten.“

Die Ausgliederungen sind ein erster Schritt zur Privatisierung, weil die GBG die übertragenen Immobilien weiterverkauft. Kürzlich wurde das ehemalige Waltendorfer Bezirksamt zum Verkauf angeboten – die Bezirksvertretung hatte sich dort ein „Mehrgenerationenhaus“ gewünscht.

Die KPÖ lehnt diese Finanz- und Privatisierungspolitik ab. Letztendlich zahlen die Grazerinnen und Grazer drauf.

Vorfahrt für Rettung und Feuerwehr

KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer hat sich im Gemeinderat für ein einheitliches Schlüsselsystem für Schranken in Grazer Wohnsiedlungen stark gemacht, um die Zufahrt für Rettung und Feuerwehr zu vereinfachen. Nun wird diese Idee umgesetzt. Hausverwaltungen und Bauträger steigen auf das



neue System um. Der Austausch der Zylinder wird von der Berufsfeuerwehr Graz unentgeltlich durchgeführt. Bei neuen Bauvorhaben wird der neue „Einsatzorganisationsschließzylinder“ sogar vorgeschrieben. „Alle haben an einem Strang gezogen und das Problem rasch gelöst“, freut sich Gerti Schloffer.

KURZ BERICHTET

Bibliotheken erhalten

Nach der Eröffnung der Bibliothek Graz Nord befürchteten viele, dass die Filialen der Stadtbücherei in Gösting und Andritz geschlossen werden. „Bibliotheken sind wichtige Bildungseinrichtungen. Sie müssen für alle leicht erreichbar sein“, betont KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch.

Parkplätze

Die Blauen Zonen in Graz sollen nach Plänen der Grünen teurer werden, der Halbstundenpreis von 60 auf 70 Cent steigen. „Man übersieht, dass mit dem Belastungspaket der Bundesregierung der Pkw-Verkehr ohnehin verteuert wird. Es ist nicht sinnvoll, diese Belastung auf Ebene der Stadt noch mutwillig zu vergrößern“, so KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber. Statt die Zonen zu verteuern, sollte man besser die überhöhten Tiefgaragenpreise senken. Die Grünen Zonen, die sich in vielen Bereichen nicht bewährt haben, gehören überprüft.

THALIA**Stadt steht für Luxusclub gerade**

Gerald Gollenz hat sich als Bauherr um die Thalia gerissen. Jetzt macht der Wirtschaftskammerer Druck. Er habe mit John Harris einen Betreiber für ein Fitnesscenter gefunden, „dem aber der Geduldsfaden reißt“. Er drängt darauf, dass die Stadt eine 5-Mio.-Euro-Haftung für das Thalia-Projekt übernimmt, damit er weitermachen könne. Er hat das Baurecht bis 2047. ÖVP, FPÖ und Grüne haben nachgegeben und die Haftung übernommen. „Es kann nicht Aufgabe der Stadt sein, ein privates Unternehmerrisiko für einen Luxus-Fitnessclub zu übernehmen“, wehrt sich KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann.



Geheim

Die Transparenzdatenbank (www.transparenzdatenbank.at) der EU zu Agrar- und Fischereiförderungen wurde nach nur zwei Jahren wieder gesperrt. Da wollen sich wohl einige Großkonzerne, die in diesem Bereich auch die größten Abkassierer sind, wohl nicht in die Karten schauen lassen. Umweltförderungen sind unter oben genannter Internet-Adresse immer noch abrufbar. So hat die Stadt Graz 2009 über 2,2 Millionen Euro für die Verbesserung der Abwasserentsorgung bekommen.

Postenschacher bei ENERGIE STEIERMARK



KPÖ-LABg. Werner Murgg – im Landtag übernimmt er den Vorsitz des Kontrollausschusses.

Offenbarer Postenschacher in den Vorstandsetagen und nach wie vor extrem überhöhte Energiepreise sind die Folge der verfehlten Energiepolitik in der Steiermark, die von der neuen Landesregierung – in die neben SPÖ und ÖVP jetzt auch die FPÖ eingestiegen ist – fortgesetzt wird. Der Landesstromversorger wird aus Gründen der politischen Farbenlehre einen weiteren Vorstand bekommen, der von der ÖVP stammt. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Das ist sachlich völlig unnötig.“



AUCH IM LAND DROHT EINE BELASTUNGSWELLE

„Sozialabbau? Mit

Die arbeitenden Menschen haben auch im neuen steirischen Landtag eine Vertretung! Mit zwei Mandaten hat die KPÖ bei der Landtagswahl im Oktober sensationell den Wiedereinzug geschafft.

Voves und Schützi: Vor der Wahl waren sie wie Hund und Katz. Nach der Wahl sind SPÖ und ÖVP beim Postenschacher und bei den Belastungen kaum

zu unterscheiden, und jetzt ist auch noch die FPÖ wieder mit im Regierungs-Boot. Gemeinsam werden sie versuchen, die Regierungsbelastungen auf Landesebene durchzusetzen.

Viel Grund zum Jubel gibt es also nicht, weil weitere Belastungen drohen. Aber es gut, dass die KPÖ weiter im Landtag vertreten ist.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Wir haben zwei Mandate, die wir dazu nützen werden, eine Stimme

der Benachteiligten in unserem Land zu sein. Vor uns liegen fünf Jahre, in denen die KPÖ ihre eigenen Versprechen halten und die Regierungsparteien an deren Versprechen erinnern wird.“

Der Einzug der KPÖ in den Landtag konnte nur durch das überdurchschnittlich gute Abschneiden im Wahlkreis 1 Graz und Graz Umgebung gesichert werden! Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern!

SOZIALHILFERECHNER der KPÖ: Rechnen Sie ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

<http://www.sozialhilferechner.at>

zuhören. helfen.
Claudia Klimt-Weithaler



VON FRANKREICH LERNEN... ...HEISST KÄMPFEN LERNEN.

Wie? Ein hochkarätig besetztes Podium diskutiert am 9. Dezember in Graz.



Bestreikte Betriebe, leere Tanklager und Demonstrationen mit Teilnehmer/innenzahlen weit jenseits der Millionenmarke prägten das Bild Frankreichs in den vergangenen Monaten. Ziel der Proteste war die Rentenreform von Staatschef Sarkozy, die eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters um fünf Jahre vorsieht.

Was in Frankreich die Rentenreform, ist in Österreich das Belastungspaket der rot-schwarzen Bundesregierung. Quer durch Europa zieht sich in diesen Monaten eine Ansammlung an Konterreformen ohne Beispiel. Geht es nach den

jeweiligen Regierungen und der EU, so sollen die Kosten der Krise allem Anschein nach ausschließlich von den arbeitenden Menschen geschultert werden. Wie aber können wirksame Gegenstrategien aussehen? Welche Chancen und Perspektiven gibt es für eine österreichische bzw. gesamteuropäische Bewegung gegen Sozialabbau und Rassismus? Darüber diskutieren am 9. Dezember Hubert Prévaut (Betriebsrat CGT-Airbus in Toulouse), Klaus Breuss (ÖGB Steiermark) und Robert Krotzer (Kommunistische Jugend Österreichs) im Bildungszentrum der KPÖ Steiermark.

Europa – Von der Krise zur Revolte

Do. 9.12. 2010 • 19:00 Uhr

Mit: **Hubert Prévaut** (CGT Airbus/PCF Toulouse/ Redakteur der marxistischen Zeitschrift La Riposte)
Klaus Breuss (Bildungssekretär des ÖGB Steiermark)
Robert Krotzer (Vorsitzender der Kommunistischen Jugend Österreichs; Aktivist der Uni-Bewegung)
Moderation: **Samuel Stuhlpfarrer**, freier Journalist

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus
Graz • Lagergasse 98a
Tel. (0316) 22 59 31 oder 22 59 32

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

uns nicht!"



Claudia Klimt-Weithaler ist (wieder) Klubobfrau der KPÖ im Landtag Steiermark:

„Die Pläne der Bundesregierung sind noch nicht das Ende der Belastungswelle. Auch die Landesregierung plant neue Belastungen. Wer uns die Krise eingebrockt hat, soll auch für die Kosten aufkommen. Schicken wir das Belastungspaket zurück an den Absender!“

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ **0316/ 71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden DO. gemütlicher Nachmittag im Volkshaus

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Landtagsabgeordnete



Kalte Dusche und warme Ledersitze

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Das Belastungspaket, das die Bundesregierung vorgelegt hat, ist ein schwerer Angriff besonders auf die Familien. Die mussten in den vergangenen Jahren schon große finanzielle Belastungen aushalten. Aber nicht nur die Familienbeihilfe wird gekürzt, auch Müll und Kanal werden schon wieder teurer. Jetzt wird auch noch die Wohnbeihilfe in Frage gestellt. Als die konservative britische Regierung vor wenigen Wochen einen ähnlichen Plan präsentiert hat, warnten Abgeordneten aus ihren eigenen Reihen, dass dadurch Hunderttausende ihre Wohnung verlieren würden.

Als 2008 die Rückzahlungspflicht (Regress) bei den Pflegekosten und in der Sozialhilfe abgeschafft wurde, haben viele aufgeatmet. Doch schon bald stellte sich heraus, dass die Behörden jetzt verlangen, dass Betroffene ihre Angehörigen auf Unterhalt klagen müssen, bevor sie Hilfe in Anspruch nehmen können. Erst wenn diese Klage erfolglos bleibt, besteht Anspruch auf Hilfe. Man kann sich vorstellen, was es für das Familienleben bedeutet, wenn etwa Eltern ihre gerade selbst

ständig gewordenen Kinder oder Kinder ihre auch nicht vermögenden Eltern auf Unterhalt klagen. Die Familienmitglieder geraten in Streit, brechen den Kontakt ab, der Zusammenhalt wird zerstört.

Fast hat man das Gefühl, Bund, Land und Gemeinden würden den Familien bewusst das Leben schwer machen. Dafür geben Banken und Konzerne damit an, wieder Rekordgewinne zu schreiben - Gewinne, die von der Bevölkerung mit milliardenschweren Rettungspaketen bezahlt wurden. Wer mehrere Jobs ausüben muss, um einigermaßen über die Runden zu kommen, wer sich um kleine Kinder oder seine pflegebedürftigen Eltern kümmert, wer Vollzeit arbeitet und trotzdem kaum genug zum Leben hat, kann nicht immer weiter belastet und zum Verzicht gezwungen werden. Besonders dann nicht, wenn sich Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer schon wieder neue Dienstautos um je 50.000 Euro leisten. Eine kalte Dusche für die Bevölkerung, warme Ledersitze für die Mächtigen im Land

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



Wir verraten euch nie!

KPÖ – damit wir uns das Leben wieder leisten können

Stoppt die Zukunftskiller!

von Hanno Wisiak, Student

Die Bundesregierung will die Kosten der Bankenrettungspakete der Masse der Bevölkerung aufbürden. Massensteuern werden erhöht, und die angebliche Bankenabgabe soll von den Kunden bezahlt werden. Der freien Hochschulzugang und die soziale Absicherung der Studierenden werden damit abgeschafft.

Kürzung der Familienbeihilfe.

MaturantInnen, die künftig studieren wollen und dazu die Familienbeihilfe brauchen, müssen Glück haben. Wer von einer HAK oder BHS kommt, hätte schon einmal ein Jahr der Bezugsberechtigung verloren; jene, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren, ein weiteres. Wer noch dazu das Pech hat, durch den Mangel an Seminar- und Laborplätzen ein Semester zu verlieren, schaut endgültig durch die Finger. Mit dem Verlust der Familienbeihilfe fallen für die Betroffenen auch Ermäßigungen – wie etwa beim öffentlichen Verkehr – weg.

Zugangsbeschränkungen.

Über die Hintertür der sogenannten „Studieneingangsphasen“ (STEP) soll der freie Hochschulzugang ausgehebelt werden. Schon jetzt benachteiligen die Aufnahmetests auf den Medizin-Unis überwiegend diejenigen, die sich die tausende Euro teuren Vorbereitungskurse nicht leisten können.

Durch die STEPs in den „Massenfächern“ werden nun Tausende in andere Studien abgedrängt, die ihrerseits dann um Zugangsbeschränkungen



Foto: Sarah Kröpfl

betteln werden. Ein Teufelskreis wäre in Gang gesetzt.

Folgen

Sehenden Auges rennt die Regierung in die soziale Katastrophe. All jene, die durch die neuen „Zugangsregelungen“ um ein Studium gebracht werden, bilden ein Heer aus arbeitslosen MaturantInnen. Das akademische Proletariat, das nach dem Bachelor mangels finanzieller Grundlage nicht mehr weiter studieren kann, wird auf dem „Arbeitsmarkt“ auch kaum Chancen haben.

Die wahren Pläne der Regierung treten klar zutage: Hauptberufliche Söhne und Töchter zahlen sich durchs Studium und werden in Zukunft die einzigen sein, die wiederum imstande sind, auch ihren Sprösslingen eine solide Bildung zu finanzieren.

Bundesweite Demonstration gegen das Belastungspaket: „Kein Sparen bei Kindern, Jugend und Familien!“

27. November 2010, 13 Uhr
WIEN - Treffpunkt vor dem Finanz- und Familienministerium (Urania)

Busse aus Graz:
27.11. Abfahrt: 10:00, Vor der Universität Graz, Universitätsplatz 3
Anmeldung auf <http://oehweb.uni-graz.at>

ODER: Abfahrt: 10:00 Treffpunkt: Alte Technik Graz, Rechbauerstraße 12
Anmeldungen: demobus@htu.tugraz.at

ÖGB-Bus
Treffpunkt: 27. November 2010, 10.00 Uhr, ÖGB Graz, Karl-Morre-Straße 32, 8020 Graz
Anmeldungen für die Teilnahme unter: marion.mirtl@oegb.at, 0316/7071-217

Belastungspaket den Absender!



Das Belastungspaket ist ungerecht. Es trifft die Mehrheit der Bevölkerung. Es verschont die Banken und die Superreichen.

Den Superreichen geht es so gut wie nie. Das Vermögen der Millionäre in Österreich wächst auch in Krisenzeiten pro Jahr zwischen 8 und 10 Prozent. Diese märchenhafte Geldvermehrung hat nichts mit Arbeit oder Fleiß zu tun. Im Gegenteil, wir alle bezahlen für den wachsenden Wohlstand der Superreichen. Mit dem Rettungspaket für Millionäre und Banken – und dem



Foto: Anna Füreder

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren: Über 8.000 Menschen demonstrierten am 28. Oktober gegen das Belastungspaket der Regierung in Graz.

Sparpaket für den Rest der Bevölkerung. Es ist kein Zufall, dass die Manager Abfertigungen und Prämien in der Höhe von vielen Millionen bekommen.

Wir müssen jetzt noch mehr rechnen: Das Belastungspaket bedeutet den Verlust von mehren tausend Euro pro Jahr, besonders Familien werden getroffen. Benzin und Diesel werden teurer, Gebühren werden erhöht. Es wird immer schwieriger, mit dem Geld auszukommen. Die arbeitenden Menschen werden immer stärker belastet, die Armut wächst in unserem Land.

Was tun?

Sollen wir froh darüber sein, dass uns die Regierung in Österreich angeblich weniger schröpft als es die Regierungen in Griechenland, Großbritannien oder Spanien mit „ihrer“ Bevölkerung tun?

Sollen wir dafür danken, dass die Unternehmer bekommen haben, was sie wollen? Oder sollen wir uns wehren?

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen

Von Christian Promitzer
(Hochschullehrer)



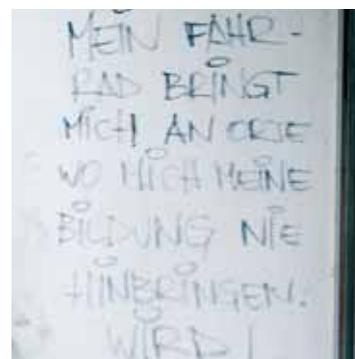
Mit dem Sparpaket betreibt die Regierung Sozialabbau und Bildungsabbau. Die Studierendenproteste von 2009 haben sich gegen Einsparungen bei den Unis, gegen die zunehmende Abschaffung des freien Hochschulzugangs und gegen die Ausrichtung der Studien an den Interessen der Wirtschaft gerichtet. Die sogenannte Bologna-Reform verlangt die Ersetzung des alten Diplomstudiums durch ein kürzeres Bachelorstudium mit einem sich daran anschließenden Masterstudium. Unter dem Vorwand, jungen Menschen früher zu einem Abschluss und zu Jobs zu verhelfen, wird eine Zweiteilung zwischen besser und weniger gut qualifizierten Menschen gemacht, gleichsam nach dem Motto „Die Guten ins Master-Töpfchen, die Schlechten ins Bachelor-Kröpfchen“. Die Streichung der Familienbeihilfe ab dem 24. Lebensjahr lässt vermuten, dass die Auswahl für das Masterstudium nach dem Vermögensstand der Eltern erfolgen soll. Gemäß dem Elite-denken der ÖVP würden Kinder

wohlhabender Eltern weiterhin das Privileg eines hochwertigen Studienabschlusses genießen. Kindern aus ArbeiterInnen- und einfachen Angestelltenfamilien aber soll das Studium schwergemacht werden. Viele Studierende müssen nebenbei arbeiten und müssen sich fallweise entschuldigen, weil sie ihre Arbeitszeit nach den Wünschen des Dienstgebers auszurichten haben. Durch die Streichung der Familienbeihilfe wird ihre Situation vollends prekär. Die jetzigen Studierendenproteste sind kein Nebenschauplatz sondern stellen einen Abbau bisher zentraler Rechte der werktätigen Bevölkerung dar. Allein aus diesem Grund ist ein einheitliches Vorgehen der Studierenden und des ÖGB notwendig.





Reparatur, Service, Verkauf, Verleih. Der Verein Bicycle bietet alles rund ums Fahrrad. Außerdem hat man seit 1989 mehr als 760 Jugendlichen eine solide Ausbildung ermöglicht.



BICYCLE: FAHRRADWERKSTATT UND VERLEIH

Kommt Zeit, kommt Fahrrad

Seit 1989 hat der Verein Bicycle mehr als 760 arbeitslose Jugendliche die hohe Schule der Radreparatur gelehrt und ihnen damit den Weg ins Arbeitsleben geebnet.

TIPPS ZUM RADKAUF

Wer mit seinem Rad lange eine Freude haben will, muss Qualität kaufen, die nicht unter 500 Euro zu haben ist, heißt es beim Verein Bicycle. Wichtige Details: Rostfreie Speichen (Streusalz!), Hohlkammerfelgen, hochwertige Reifen, ein wartungsfreier Nabendynamo samt idealerweise doppelt verkabelter Lichtanlage und Qualitätsbauteile bei Schaltung, Bremsen und Lagern. Beim Supermarkt oder Baumarkt gibt es solche Radln nicht.

Lange war Graz die Fahrradhauptstadt Österreichs. „Warum das nicht nützen und arbeitslose Jugendlichen über das Fahrrad ins Arbeitsleben einführen?“, dachten sich Gerd Kronheim, Günther Lang und ihre Mitstreiter 1989. Sie gründeten den sozialökonomischen Verein Bicycle und starteten mit sechs Jugendlichen die erste Radlwerkstatt am Kaiser-Josef-Kai. Zwei Jahre später kam die Zweigstelle in der Rechbauerstraße dazu und 14 Jugendliche hatten Arbeit.

Derzeit schrauben bei Bicycle 21 „Transferarbeitskräfte“, erzählt Günther Lang. Und Arbeit gibt es sogar für mehr, weil in Graz immer mehr Menschen mit dem Rad unterwegs sind. Das Angebot bei Bicycle reicht vom kleinen Service, bei dem „gute“ Räder gecheckt

und Kleinigkeiten repariert werden, bis zum großzügigen Umbau.

Lernen fürs Leben

Die Handfertigkeiten lernen die jungen Menschen – sie sind durchschnittlich 22 Jahre alt – von erfahrenen Werkstättenleitern. In rund zwei Monaten sind sie soweit, dass sie Räder selbstständig auf Vordermann bringen können, so Lang. Dann dürfen sie derzeit maximal 10 Monate bei Bicycle bleiben. Länger fördert das Arbeitsmarktservice die Projektstellen nicht.

Oft haben die Radmechaniker in spe schlechte Deutschkenntnisse. „Dafür gibt es Deutschkurse beim Verein Isop“, berichtet Lang, der alles daran setzt, die Betreuten bis zu einem Schul- oder Lehrab-

schluss zu begleiten. Nicht wenige Bicycle-Zöglinge arbeiten erfolgreich in der Radbranche, trotz einer oft schwierigen Vorgeschichte mit Drogensucht, Kriminalität oder psychischen Erkrankungen. Für die gute Betreuung spricht, dass es mit vielen – sogar aus den Anfangsjahren – noch heute Kontakt gibt.

Zu wenig Mädchen

Der Wermutstropfen: Bis vor zwei Jahren hat man geschaut, dass wenigstens die Hälfte der Auszubildenden Mädchen sind, so Günther Lang. Aber jetzt schicke das AMS kaum mehr weibliche Arbeitssuchende. Was schade sei, weil es viele Mädchen gegeben habe, die besonders geschickt waren und das Potenzial zu Werkstättenleiterinnen hatten.

HEIZKOSTEN

Der Heizkostenzuschuss des Landes macht bei Ölheizungen 120 Euro, bei anderen Heizungen 90 Euro aus. Er kann in den Bezirksämtern/Servicestellen der Stadt beantragt werden. Die Einkommensgrenzen: 915 Euro bei Alleinstehenden, 1.371,50 Euro bei Paaren, 830 Euro bei Alleinerziehern (Erhöhungsbeitrag von 263 Euro pro Kind, für das es Familienbeihilfe gibt). Die Förderaktion dauert noch bis Weihnachten.

Infos gibt es bei der Sozialservicestelle des Landes unter Tel. 0800/201 010.

Der Heizkostenzuschuss des Landes kommt nur für Personen in Frage, die **keinen** Anspruch auf Wohnbeihilfe Neu haben.

Seitens der Stadt Graz gibt es die sogenannte **Brennstoffaktion**. Sie gilt für Mindestpensionisten (65,- Euro) und Sozialhilfeempfänger (116,- Euro). Die Auszahlung erfolgt entweder in Form von Gutscheinen, die bei Brennstoffhandlungen oder Tankstellen einzulösen sind oder als Zuzahlungen direkt auf das Kundenkonto bei Strom-, Gas- oder Fernwärmeheizung. **Antragstellung ist beim Bezirks- oder Sozialamt noch bis zum 17. Dezember möglich.**

Erst war die Post weg, jetzt ist das Postkastl weg

Nach dem Postamt ist auch das Postkastl in der Triesterstraße „verschwunden“. Selbst zum Abschicken eines Briefs müssen die Bewohner einen weiten Weg auf sich nehmen. Mit Service hat das nichts zu tun – wenigstens ein Postkasten sollte wieder montiert werden! Auch das viel beworbene „Postpartner“-System hat sich nicht wirklich bewährt. Hinzu kommt, dass die monatliche Entschädigung für Postpartner zuletzt von 240 auf 120 Euro gekürzt wurde.

Mogelpackungen: So werden wir beim Einkauf angeschwindelt

Große Packung, kleiner Inhalt: Seit die EU am 11. April des Vorjahres die Verpackungsgrößen freigegeben hat, werden wir beim Einkaufen angeschwindelt.

Viele Produkte kosten zwar gleich viel in einer fast gleich aussehenden Verpackung, nur drin ist eben weniger. Und damit wird das Einkaufen teurer.

Etwa die Pampers Baby Dry-Windeln. Da bekommt man seit der Umstellung 38 Stück zum gleichen Preis wie zuvor 44. Pampers-Hersteller Procter&Gamble rechtfertigt sich, dass die Forschung und Entwicklung von Wegwerfwindeln teuer sei und man sich bemühe, den Preis möglichst lange gleich zu halten.

Für Verwirrung sorgt auch der Gemüsehersteller Iglo. Der verpackt Röstgemüse „Försterart“ und „Sommerernte“ in der gleich großen Schachtel. Allerdings sind

in letzterer 480 Gramm drin und in der Förstervariante nur 400. Ist das „gscheit“?

Gefinkelte Täuschung

Die Penaten Baby Panthenol-Creme gibt es jetzt nur noch zu 75 statt zu 100 ml – zum selben Preis. Auch Hersteller Johnson&Johnson argumentierte mit höheren Forschungs- und Herstellungskosten. M&Ms Erdnüsse gibt es nun in der 285 g-Verpackung um 2,49 Euro. Vorher konnte man 300 g um 1,99 Euro erwerben. Preisplus: 32 %.

Besonders gefinkelt sorgt Teehersteller Milford für ein Preisplus von 33 %: Den Früchtetraum gibts in der 40er-Packung, aber im Teebeutel finden sich nur mehr 2,25 statt 3 g. Hersteller Milford spricht von einer neuen Rezeptur mit teureren Zutaten. Da hilft nur: Nicht nur Preise, sondern auch Menge vergleichen. Dass vieles wesentlich teurer wird, bleibt einem freilich im Halse stecken.

**SCHULBEIHILFEN**

Schülerbeihilfen gibt es vom **Unterrichtsministerium** in Form von Heim-, Fahrtkosten- und Schulbeihilfen. Auch die gibt es ab der 9./10. Schulstufe. Die Schülerbeihilfen sind an Bedürftigkeit und einen günstigen Schulerfolg geknüpft (Durchschnittsnote 2,90 in den Pflichtgegenständen). Der Grundbetrag liegt bei der Schulbeihilfe bei 1.130 Euro, bei der Heimhilfe bei 1.380 Euro im Schuljahr. Dieser kann sich erhöhen oder verringern; je nach Einkommen im Haushalt. Anträge liegen in allen mittleren und höheren Schulen auf. Sie müssen **bis Jahresende** beim Landesschulrat sein. Infos beim Landesschulrat, Tel. 345-0.

Die Arbeiterkammer bietet eine Schulbeihilfe in der Höhe von 200 Euro ab der 9. Schulstufe und eine Studienbeihilfe in der Höhe von 240 Euro an. Die Einkommens-Obergrenze dafür liegt bei einer 4-köpfigen Familie bei 45.500 Euro brutto im Jahr. Der Antrag muss bei der AK bis 15. Jänner 2011 eingereicht sein. Infos unter Tel. (05) 7799-2351 oder -2352.

Neutralitätsfeiertag im Brauhaus Puntigam

Die Festveranstaltung der KPÖ zum Nationalfeiertag im Brauhaus Puntigam rief in Erinnerung, dass in Zeiten der EU die Neutralität Österreichs keine Selbstverständlichkeit ist. Der Triestiner Partisanenchor sorgte mit seinem Programm dafür, dass Österreichs Beitrag zur Befreiung vom Faschismus nicht in Vergessenheit gerät.

KURZ GESAGT

Strache urlaubt gratis

FPÖ-Chef HC Strache gönnte sich im April des Vorjahres einen kostenlosen 1700-Euro-Urlaub in Osttirol. Die Bezahlung für den Erholungsaufenthalt Straches und seiner Familie übernahm die Tiroler FPÖ als „Dank für die Unterstützung“. Als die mit Steuergeld bezahlte Urlaubsaktion aufflog, übernahm der Tiroler FPÖ-Chef Hauser die Kosten für den Strache-Urlaub persönlich.

Es glüht weiter

Die EU hat die 75- und 100-Watt-Glühbirnen verboten. Aber dank eines findigen Deutschen gibt es die warme Lichtquelle weiter. Siegfried Rothhäuser vertreibt die Glühbirne als „Heatball“, also als Hezelement und nicht als Lichtquelle; tatsächlich strahlt die Glühbirne mehr als 90 % der Energie in Form von Wärme ab. Ein „Heatball“, laut Rothhäuser „beste Erfindung seit der Glühbirne“, kostet 1,69 Euro, davon gehen 30 Cent an ein Projekt zum Schutz des Regenwalds. Infos dazu gibt es unter www.heatball.de.



foto cc flickr mr172

Teure Pflege

Zwei Jahre nach Abschaffung der Rückzahlungspflicht im Rahmen der Pflegekosten (Pflegeregress) will Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) diese Kostenfalle für Angehörige wieder einführen. KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Der Regierung ist seit Jahren bekannt, wer die tatsächlichen Kostentreiber im Pflegebereich sind: jene gewinnorientierten privaten Heimbetreiber, die mit öffentlichen Mitteln gewaltige Gewinne einfahren.“



AUFLEBEN IM ANNENVIERTEL

Ein Verein rotiert

Der Bereich um die Annenstraße ist das Experimentierfeld des Vereins rotor, der dort über die Kunst am besseren Zusammenleben arbeitet.

Die Annenstraße ist tot“, ist ein Satz, den Anton Lederer nicht mehr hören kann. Hat sich doch der Verein „rotor“, bei dem Lederer Obmann ist, das Aufleben der Straße und deren Umgebung als Ziel gesetzt. Seit der Vereinsgründung 1999 ist der „rotor“ als Verein für zeitgenössische Kunst zwischen Belgiergasse, Griesgasse und Volksgartenstraße aktiv und verknüpft soziale und gesellschaftspolitische Fragen mit der bildenden Kunst.

Das Annenviertel als Schnittmenge der Bezirke Lend und Gries mit der höchsten Anzahl an Zuwanderern bzw. Neu-Grazern ist das Aktions-

feld des Vereins, so Lederer, der früher Vorsitzender des Forum Stadtpark war. Wie funktioniert das Zusammenleben? Gibt es eine Gemeinschaft jenseits von hetzerischer Fremdenfeindlichkeit? „Wir arbeiten als kleines Rädchen am Bewusstsein der Menschen und wollen sie über die Kunst auf einer emotionalen Ebene treffen“, erzählt Lederer.

Das gelingt soweit ganz gut. Als es beim Programm „Annenviertel. Kunst des urbanen Handelns“ darum ging, eine Hausfassade in der Annenstraße zu gestalten, startete man einen Aufruf – mehr in der Hoffnung als in der Überzeugung, jemanden zu finden. „Dann haben sich sogar 12 Hausbesitzer gemeldet“, freut sich der Obmann. Ähnlich groß war der Zuspruch zu einer Ideensammlung zur Gestaltung der Idlhof-Umgebung. 700 Haushalte haben die „Rotoren“

abgeklappert und dann 350 Zeichnungen eingesammelt. Lederer: „Die Bereitschaft, mitzumachen, ist groß.“ Die Menschen identifizieren sich mit ihrem Wohnumfeld – in einem als solches bezeichnetem Problemviertel, das eigentlich keines sei.

Der nächste Streich des „rotors“ lautet „RAD.I.CAL HISTO.RY“ und geht zurück zu den Wurzeln von Radpionier Johann Puch, der im Volksgarten eine Fahrrad-Teststrecke betrieb. Man sucht nicht mehr gebrauchte Puch-Klappräder, die von Künstlern gestaltet werden sollen, mit dem Ziel, wieder Kunstvolles gemeinsam mit den Menschen zu verwirklichen.

Gesucht:
Gebrauchte PUCH-KLAPPRÄDER: Infos „rotor“ im rotor-Haus, Volksgartenstraße 6a, Tel. 0316 / 688 306.

Freitag 17.12.**Konzert
Christian
MASSER**

Christian Masser präsentiert seine neue CD „15 Country Songs“ mit weniger bekannten Nummern aus dem Repertoire des legendären „Man in Black“, Johnny Cash. Im zweiten Teil des Konzerts geht's mit der Slidegitarre und dem Kontrabassisten Gerhard Steinrück im Gepäck ins Mississippi-Delta – zu Blues-Größen wie Muddy Waters oder John Lee Hooker. Der eine oder andere Überraschungsgast hat sich angekündigt.

Freitag 17. Dezember 2010, 19.30 Uhr, CD-Präsentation von Christian Masser mit Gast Gerhard Steinrück (Kontrabass) im KPÖ Bildungszentrum, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Kartenvorverkauf: 10 Euro, Abendkassa: 12 Euro, Karten: Tel. (0316) 71 24 79 oder in der Lagergasse 98a.

**AUSSTELLUNG**

Im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.

From Muddy East to Rotten West

Gemälde, Zeichnungen, Projektionen und Musik von Farad Ausdrucksstark und humorvoll bietet Farad in dieser Ausstellung Einblicke in die Welt eines „Outsider Artist“.

Zur Eröffnung spielt „**The No Rehearsal Band**“. Am Freitag, 26. November, 19 Uhr im KPÖ Bildungszentrum, Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Öffnungszeiten der Ausstellung: Montag bis Freitag, 9 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung unter (0316) 225 931. Ausstellungsdauer: 30. November bis 10. Dezember.

Farad ist „ein Querdenker ohne Beet, ein Gelehrter ohne akademischen Titel“, ein Künstler mit jugoslawischen Wurzeln.

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: € 159,-

Auskunft und Anmeldung:

Mehlplatz 2, 8010 Graz

Tel.: 0316 / 82 90 70

Fax: 0316 / 82 06 10

office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at**ASKÖ-Halle:
Sparen am
falschen Ort**

Im kommenden Jahr wird die ASKÖ-Halle neu gebaut. Doch soll die Höhe der Halle statt 12,5 Meter – wie ursprünglich vorgesehen – jetzt nur neun Meter betragen. „Damit wäre die Halle zwar für internationale Hand- und Basketball-Turniere, nicht aber für Volleyball-Turniere von internationalem Rang zugelassen“, zeigt sich Günther Leber, Volleyball-Funktionär und KPÖ-Bezirksrat von Wetzelsdorf, verärgert.



In Graz gibt es vier Volleyball-Bundesligateams. Diese können, wenn sie sich qualifizieren, in Graz gar nicht spielen, sondern müssen nach Wien oder in andere Städte, wie etwa Linz oder Innsbruck, ausweichen – eine Schande für Graz und die Steiermark. Graz hat als einzige Landeshauptstadt keine einzige öffentliche Halle mit Tribüne. „Wird die ASKÖ-Halle zu niedrig gebaut, vergibt sich die Stadt auch für die Zukunft die Chance, als Gastgeberin für solche Turniere zu fungieren“, so Leber. Sogar viele kleine Gemeinden in der Steiermark haben gemeindeeigene Sporthallen.

Derzeit verfügt die ASKÖ-Halle über 800-1.000 Sitzplätze. Doch statt einer sinnvollen und von internationalen Verbänden verlangten Vergrößerung des Zuschauerbereichs auf 2.000 Sitzplätze verkleinert werden. Der Bezirksrat fordert: „Das vorliegende Konzept muss dringend geändert und an internationale Standards angepasst werden.“

KLIMAGIPFEL / ALTERNATIVGIPFEL

1000 Cancun! 1000 Vorschläge von unten!

**Aktion in Graz/Herrengasse, am
Di. 7. Dez. 2010 von 15 bis 18 Uhr**

Weltweit wird es parallel zum Alternativengipfel Aktionen und Demonstrationen geben- insbesondere am 7. Dezember, wenn in Cancun die internationale GROSSDEMONSTRATION stattfindet.



LIEBENAU



Bezirksamt zu

Am 8. November 2011 hat das Bezirksamt Liebenau endgültig zugesperrt. Die Servicestelle in Jakomini muss nun auch die Agenden des Nachbarbezirkes übernehmen. „Gerade die Randbezirke sind von der Einschränkung bei der Infrastruktur, von der Post bis zum Bezirksamt, besonders betroffen“, stellt KPÖ-Bezirkssprecher, Max Korp, verärgert fest. „Unsere Forderung war stets, die Bezirksämter als Service- und Anlaufstelle für viele Hilfsbedürftige auszubauen und so mehr Bürgernähe zu schaffen. Das Gegenteil ist der Fall.“

WETZELSDORF

Zentrum zerbröckelt

Das natürliche Bezirkszentrum Ecke Rosegger Straße – Straßganger Straße zerbröckelt immer mehr: Zuerst hat man die Bücherei geschlossen, es folgten die Post, das Einkaufszentrum und nun auch das Bezirksamt. Alles dies wurde an den äußersten Rand des Bezirkes oder gar in einen anderen Bezirk verlegt. „In den letzten Jahren wurde das Bezirkszentrum sukzessive vernachlässigt und ausgehöhlt“, stellt KP-Bezirksrat Günther Leber fest. Er erwartet, dass weitere Firmen abwandern werden. „Ein weiteres Merkmal der Vernachlässigung sieht man an der Fußgängerampel, die schon seit 30 Jahren nicht mehr gestrichen wurde und eine einzige Rostsäule ist.“

Bezirksamtsschließung

Deutliche Worte findet KP-Bezirksrat Günther Leber zur Schließung des Bezirksamtes Wetzelsdorf: „Jene, die das Bezirksamt öfter benötigen, vor allem Ältere und Behinderte, können ihr Amt jetzt weniger leicht aufsuchen, denn dieses muss auf Anordnung des Bürgermeisters nach Straßgang übersiedeln. Dadurch erspart sich die Stadt einiges. Schande

über den Erfinder dieser Maßnahme“, findet KP-Bezirksrat Günther Leber deutliche Worte.

„Außerdem besteht die Gefahr, dass einige Bewohner nicht mehr wie bisher ihr Altöl abgeben, sondern ins WC schütten werden. Jene ohne Auto sind durch zusätzliche Fahrtkosten belastet, wenn sie ihr Altöl legal entsorgen wollen“, so Leber.



EGGENBERG



Schulausbau

Durch den verstärkten Zustrom von Schülern steht die Volksschule Baiernstraße vor einem sehr begrüßenswerten Schulausbau. Gerade in letzter Zeit hat – nicht zuletzt durch die Ausweitung der Grünen Zone – der Individualverkehr im Umfeld der Volksschule stark zugenommen. **KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch** erinnerte daher in der letzten Gemeinderatssitzung die Verantwortlichen der Stadt Graz daran, dass jetzt rasch Maßnahmen zum Schutz der Fußgänger (durchgehende Gehsteige, zusätzliche Schutzwege, Geschwindigkeitskontrollen) sicherzustellen sind.

GRIES



Verkehrslawine

Die Buchkogelsiedlung, früher einmal eine verkehrsberuhigte Oase, wurde im Zuge des Ausbaus der Don-Bosco-Bushaltestelle und des S-Bahnhofs für den allgemeinen Verkehr geöffnet. Seitdem werden die Bewohner vermehrt von Verkehrslärm und Auspuffgasen geplagt. Bis zu 2000 Autos brausen jetzt täglich durch die Hohenstaufengasse. Die AnrainerInnen wünschen sich eine Lärmmessung, damit das Problem von den zuständigen Stellen

aufgegriffen und ernstgenommen wird.

Feinstaub

Schon im September 2009 verlangte KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann, den Parkplatz der Firma Glettler auf Staubemissionen zu prüfen und entsprechende Maßnahmen



zu treffen. Die Antwort seitens des Umweltamtes lautete: Es sei ohnehin geplant, den Parkplatz in der Südbahnstraße noch im Frühjahr 2010 zu asphaltieren. Bis heute ist das jedoch nicht geschehen. „Wie verlässlich sind Versprechen der Politiker?“, fragt **KP-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon**.

Gehsteigreinigung

Jeder Hausbesitzer ist verpflichtet, den Gehsteig vor seinem Haus zu reinigen. Passiert das nicht, hat die Gemeinde das Recht einer Ersatzvornahme. Die Kosten werden in der Folge den Hauseigentümern in Rechnung gestellt. Weil die Gemeinde aber immer wieder auf den Reinigungskosten sitzenbleibt, reinigt die Gemeinde diese Flächen oft nicht mehr. „Hier muss im

Interesse der Geh- und Radwegbenützer endlich eine vernünftige Lösung her“, fordert Inge Arzon, KP-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin.

Bitte warten

Die Wartezeiten für die Fußgänger bei der Druckknopfampel am Karlauer Gürtel beim Möbelhaus Lutz sind außerordentlich lang. Zahlreiche Passanten überqueren die Straße daher oft bei Rot. **KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber** fordert eine Reparatur im Interesse der Verkehrssicherheit für Fußgänger.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:

KPÖ-Graz, Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 stadtblatt@kpoe-graz.at

PUNTINGAM

Haltestelle vermüllt

Anstatt im Abfallkübel landet der Müll bei der Straßenbahn-Unterführung an der Haltestelle Brauhaus Puntingam häufig jenseits der kleinen Abgrenzungsmauer. Da die Herkunft des Mülls hauptsächlich auf das Cineplex zurückzuführen ist, wäre neben der Eigenverantwortung der Haltestellenbenützer auch eine Einbindung der Kinobetreiber angebracht.





INNERE STADT

Joanneumring

„Es ist bedauerlich, dass sich die Stadt Graz über die einmütigen Bedenken des Bezirksrates Innere Stadt hinwegsetzt und beim Joanneumring die teuerste Variante für den geplanten Radweg gewählt hat. Die Versetzung von 16 Schaukästen hätte vermieden werden können, wenn man die vom Bezirksrat vorgeschlagene alternative Route in der Kaiserfeldgasse für die Führung des Radweges ins Auge gefasst hätte“. KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder: „Von einer Aufwertung der Bezirksdemokratie ist auch in diesem Fall sehr wenig zu merken.“

Schloßbergplatz

Die Veranstaltungsreihe elevate ist sehr wichtig. Für die Anrainer am Schloßbergplatz gibt es aber ein großes Problem: Die Konzerte im Dom im Schloßberg führen regelmäßig zu Lärm und anderen Belästigungen mitten in der Nacht. Hier müsste in den kommenden Jahren eine Lösung im Sinne der Anrainer gefunden werden.

Advent

Auch heuer gibt es auf Druck der Gastronomen eine „lange Nacht des Advents.“ Das bedeutet



aber nicht Besinnung in der „stillsten Zeit“ des Jahres, sondern noch länger Lärm bei den Glühweinstandeln.



Für Müllbehälter

An der Ecke Sporgasse/Färbergasse sollte ein Müllbehälter angebracht werden. Dafür tritt Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder ein. Anrainer waren an ihn herangetreten und hatten ihn darauf aufmerksam gemacht, dass diese Kreuzung ein neuralgischer Punkt ist. Hier wird besonders viel Mist weggeworfen.

Gratis-Eislaufen

Auch in diesem Winter verwandelt sich ein Teil des Karmeliterplatzes von 19. November bis 27. Februar wieder in einen Eislaufplatz.

Die Kunsteisfläche wird eislaufbegeisterten Kindern, aber auch Eistock-Sport-Fans gratis zur Verfügung gestellt. „Es war nicht zuletzt die KPÖ, die sich dafür eingesetzt hat, dass das Angebot kostenlos ist.“

Daher begrüßen wir sehr, dass hier die Entwicklung in die richtige Richtung geht“, freut sich Stadträtin Elke Kahr.

ST. PETER

Drogenprävention

Gerüchte über Drogenkonsum auf den Eustachio-Gründe konnte die Kriminalpolizei nach mehrfachen Kontrollen nicht bestätigen. Der zur Bezirksversammlung am 19.10. geladene Vertreter des Drogenbeauftragten betonte aber, wie wichtig es ist, dem Drogenkonsum bei Jugendlichen rechtzeitig vorzubeugen. „Ich möchte, dass die Leute geeignete Werkzeuge in die Hand be-



kommen und werde daher bei der nächsten Bezirksratssitzung den Antrag stellen, dass eine Folgeveranstaltung stattfindet, bei der geeignete Präventivmaßnahmen vorgestellt werden“, kündigte KP-Bezirksrat Stefan Gamsjäger an, „eine Überwachungskamera ist dafür jedenfalls nicht das geeignete Mittel.“

STRASSGANG

Ulmgasse

Der neue Fußgängerstreifen in der Ulmgasse sorgt für Ärger. Er wurde nur mit grobem Schotter befestigt, der mit Kinderwagen nicht befahrbar ist. Eltern weichen regelmäßig auf die Fahrbahn aus. Dadurch kommt es in der sehr schmalen, auch von LKWs stark befahrenen



Straße immer wieder zu gefährlichen Verkehrssituationen. KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann plädiert für eine rasche Verbesserung, damit die Sicherheit gewährleistet wird.

LEND



Steinfeldfriedhof

Ältere und/oder mobilitätseingeschränkte Personen, die in Eggenberg wohnen, haben es schwer, wenn sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Steinfeldfriedhof fahren wollen: Mit dem 7er oder 1er zum Bahnhofgürtel, dort auf den

3er oder 6er zum Hauptbahnhof warten, eine Station mit der Bim zurücklegen, am Bahnhof wieder auf den 50er warten, um mit diesem eine Station zum Steinfeldfriedhof zu fahren. Die Stadt Graz hat es abgelehnt die Situation durch eine alternative Streckenführung der Buslinie 31 oder 33, zu verbessern. „Wer selbst fit ist, ist solchen Hindernissen gegenüber oft nicht sensibel genug“, kritisiert Gemeinderat Manfred Eber.

ST. LEONHARD

Anrainer stöhnen

Nach der letzten „Aktion Scharf“ in der Elisabethstraße hat sich das Problem im Uni-Viertel auf die umliegenden Straßenzüge verlagert. Um die durch lange Lokalöffnungszeiten bedingten massiven nächtlichen Lärmbelästigungen,

extreme Verschmutzungen von Gehwegen und Hauseingängen und den Vandalismus in den Griff zu bekommen, forderte KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann im Gemeinderat vom Bürgermeister für mehr Ordnung auch in den Straßen zwischen Elisabeth- und Leonhardstraße zu sorgen.

LIEBENAU: WALKEN SIE MIT !

Walken an der Mur: Jeden Freitag von 13 – 14 Uhr, Treffpunkt: Grünanger, Andersengasse 34, gegenüber Kindergarten, Bus Nr.34E, Haltestelle Theyergasse

Walken im Park der HIB Liebenau: Jeden Mo von 15 – 16 Uhr, Treffpunkt: Hof des SMZ: Liebenauer Hauptstr. 104
Eine Anmeldung ist nicht notwendig, einfach kommen.
Walkingstöcke zum Ausprobieren vorhanden.

Info: Tel. 46 23 40 15 oder (0699) 180 84 375

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Ausgleich für Schaden

Wenns um den Profit geht, kann man ruhig 8000 Bäume – rund 10 Mal so viele, wie im Stadtpark stehen – vernichten. Forsten wir halt mit Steuergeldern wieder auf! Kein Problem, wenn zahlreiche Hausbrunnen versiegen. Zahlen wir den Betroffenen halt eine Entschädigung – finanziert aus Stromtarifen! Mit Geld lässt sich immer Ausgleich schaffen. Der zweitgrößte Süßwasserfisch Europas gehört niemanden. Wenn er ausstirbt, wird praktischerweise nicht einmal Schadenersatz fällig.

Wichtig ist nur, sich im Vorfeld um entsprechende Gutachten zu kümmern, um sich lästige Umweltschützer vom Hals zu schaffen. Doch eines werden auch eine EstAG und ein Verbund nicht ändern können: Das Leben beginnt und endet mit der Existenz der kleinsten Lebewesen. Ihre Existenzgrundlage ist auch die unsere. Heide B., Graz

Krawumm!

Ich habe mich am 20. Oktober um 21.30 ins Bett gelegt. Kurze Zeit später hörte ich Geräusche, die mich an Schüsse erinnerten. Irritiert war ich wieder hellwach. Ein Blick aus dem Fenster erklärte alles: An einem Tag mitten unter der Woche findet ein Riesenfeuerwerk kurz vor 22 Uhr statt!? K&Ö hat den Ausbau eröffnet.

Ich bin 30 Jahre alt und habe mich furchtbar geschreckt, wurde aus dem Schlaf gerissen. Wie ist es wohl anderen, vor allem den Kindern, ergangen...? Ich finde, jeder soll die Freiheit haben, auf seine Weise zu feiern. Jedoch soll dabei die Freiheit des anderen nicht eingeschränkt werden. Aus Rücksicht auf die Stadtbewohner hätte das Feuerwerk früher stattfinden können, es ist ja zu dieser

Jahreszeit schon früh finster. In Graz wird viel über die „Umweltzone“ diskutiert. Für ein paar Minuten „Glitzern“ am Himmel aber wird Geld verpulvert, die Umwelt verschmutzt und Menschen in ihrem Biorhythmus gestört. Kleine Ursache – große Wirkung! Wäre es in der heutigen Zeit, wo wir mit Eindrücken überhäuft werden und auch ein Feuerwerk nichts „Einmaliges“ mehr ist, vielleicht sogar möglich, mit einfachen Mitteln mehr zu (be)wirken und aufmerksam zu machen?

Ich möchte mit meinen Zeilen zum Nachdenken anregen. Elisabeth Z., Graz

Besucheransturm bei Messe?

120.000 sollen die diesjährige Herbstmesse besucht haben. So wie 2005, denn auch da ließ man exakt ebenso die 120.000 verlautbaren. Im Gegensatz dazu stehen andere Veranstaltungen der 1990er Jahre, vor dem Bau der Stadthalle, wo bis zu 240.000 Besucher erzielt wurden (z.B. Frühjahrsmesse 1997).

Es gibt kein Kombiticket ÖV-Messe, weder für den Verbund noch gibt es ein Event-Ticket mit den ÖBB und das, obwohl man mit dem Ostbahnhof einen eigenen Messebahnhof faktisch noch immer vor der Messehaustür hat.

Gegen Ende der Messetage schlagen Besucher wurzeln, da sie in überfüllte Straßenbahnzüge Richtung stadteinwärts nicht ansteigen können. Taktverdichtung - abgeschafft, Einschubzüge - abgeschafft. So schafft sich auch die Messe ab.

Bürgerinitiative ALS

Bausünden, Spielplatztest

Zu Ihrem Artikel über Bausünden in Graz bin ganz Ihrer Meinung: ich frage mich, wo waren

Altstadtkommission, Denkmalamt und andere (Bürgermeister usw.)? Vor allem dem Lendplatz wurde durch etliche Neubauten der ursprüngliche Vorstadtcharakter total genommen.

Zum Spielplatztest meine ich, dass sie den Spielplatz im Volksgarten übergeben haben, wo zu bemängeln wäre, dass vom Spielplatz nur bescheidene Restelchen vorhanden sind. Weiters frage ich mich, was diese sündteure Wasseranlage soll, die leider bewusst oder ungewollt so wenig Wasser zugeführt bekommt, dass damit die Anlage ihren „geplanten“ Sinn nicht erfüllen kann.

Martin Kummer

Diesel versus Benzin

Das höhere CO₂ der Benziner, das dem Weltklima schadet, zu tolerieren und dagegen den Feinstaub der CO₂-armen Diesel, der kleinräumig auftreten kann, zu verteufeln, ist kleinkarierte Wirtshauspolitik.

Alfred Krejza

Vermögens-Steuer

Kommen sollte sie auf jeden Fall. Auch eine Steuer auf Gewinne aus Geschäften ohne Arbeit muss eingeführt werden. Im Gegenzug muss die Besteuerung der realen Arbeit deutlich gesenkt werden.

Alfred Krejza



GEWERKSCHAFTLICHER
LINKSBLOCK



Stammtisch des 

jeden ersten Mittwoch im Monat

ab 17 Uhr im Karl-Drews-Klub im Volkshaus Graz
(Lagergasse 98a)

Mittwoch 1. Dezember 2010, 17 Uhr

Thomas Mooshammer und Georg Fuchs

Soziale Netzwerke - Facebook, Twitter, etc.

Anwendung - Nutzen - Gefahren

Soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter bieten gute Kommunikations- und Mobilisierungsmöglichkeiten. Sie bergen aber auch große Gefahren.

BRUNCH am Grünanger

Wir treffen uns auf ein spätes Frühstück und einen netten gemeinsamen Vormittag...

... jeden ersten Donnerstag im Monat

Großes Frühstücksbuffet
(Kostenbeitrag 3,00 Euro)

Nächster Termin: Do. 02. Dezember
10:00 – 11:30 Uhr

Andersengasse 32, 8041 Graz, (WIKI Jugendzentrum), Buslinie 34 E, gegenüber Haltestelle Theyergasse

SMZ Liebenau,
Tel. 42 81 61
oder 0699 180 84 375



GRAZER
Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



KLEINANZEIGEN

Hilfe gesucht

Ehepaar sucht alleinstehende Person aus Graz oder Graz Umgebung zur gelegentlichen Mithilfe im Haushalt bzw. Betreuung des Hundes. Sie sollte ehrlich und tierlieb sein. Familienanschluss und gemeinsame Freizeitaktivitäten sind möglich. Tel. 0664 / 54 17 948, bis 20 Uhr.

Wohnung gesucht

Wohne derzeit in Zeltweg, meine Kinder sind schon groß und aus meiner Wohnung ausgezogen. Da ich den Großteil meines Lebens in Graz verbracht habe, suche ich für mich eine kleine Garconniere bzw. eine kleine 2-Zimmer-Küche-Wohnung in meiner Heimatstadt Graz. Bin schon in Pension. Tel: 0664 / 58 23 199.

VW-Bus gesucht

Suche alten VW Bus (T2), außerdem Dieselmotor (50 oder 70 PS) für VW Bus T3 gesucht. Tel: 0664 / 39 921 75.

Auto zu verkaufen

Ford Escort Kombi Diesel, 60PS, BJ 90, mit Dachträger, Pickerl bis 04.2011 (+4 Monate), 650 Euro, Tel: 0664 / 39 921 75.

Kinderschreibtisch

Ikea Kinderschreibtisch (grün) mit Drehstuhl (grün) um 25 Euro zu verkaufen. Tel: (0664) 39 921 75.

Gehhilfe

Rollator (Gehhilfe) mit Einkaufskorb und Sitzgelegenheit, neuwertig, um 35 Euro abzugeben. Tel: 0650) 65 415 00.

Rollstuhl

Rollstuhl, neuwertig, flach zusammenlegbar, 130 Euro, Tel. 0650 / 65 415 00.

Band gesucht

17jährige Sängerin sucht Anschluss an eine Band (Pop, Rock + Jazz) aus dem Raum Graz-Weiz, Tel. 0664 / 39 921 75.

Schneeketten

Schneeketten Fabrik König Nr. 060 und Nr. 070, Pewag 67 pro Garnitur um 5 Euro, 4 Stahlfelgen 5x13 TOPIZ um 10 Euro zu verkaufen. Tel. 0650 / 84 612 31.

Waschbecken

Kleines Keramikhandwaschbecken, moosgrün für WC, um 10 Euro und original verpackter Wäsche-

trockenständer um 5 Euro zu verkaufen. Tel. 0650 / 84 612 31.

Arbeit gesucht

Suche dringend angemeldete Arbeit (Ausbildung Gartenbauingenieur). War im Hotelgewerbe an der Rezeption tätig, spreche Deutsch, Englisch, Spanisch, Rumänisch. Tel. 0681 / 204 58 187.

Suche Vollzeitarbeit, nur angemeldet: Tischlerarbeiten, Schlosserarbeiten, Lagerarbeiten. Tel: 0650/ 444 98 34.

Pensionist (gelernter Heizungsmonteur + Schweißer, Führerscheinbesitzer) sucht geringfügige Nebenbeschäftigung. Tel. 0664 / 63 635 21

Fundstücke

Beim Volkshaufest im September sind diverse Oberbekleidungsstücke, ein Schlafsack, ein Mobiltelefon Nokia und ein Schlüsselbund mit Anhänger (Ferrari Pferd) gefunden worden. Abzuholen in der KPÖ Bezirksleitung im Volkshaus, Tel. 0316 / 71 24 79 (Frau Schönberg).

Entrümpelung

Entrümpelungen (Keller, Wohnungen etc.) zu einem absolut fairen Preis. Tel. 0676 / 360 23 90.

Fitnessgerät

Fitness-Ruder-Gerät, neuwertig, sowie 620l-Tank für Heiz- oder Dieselöl, mit Pumpe, kostenlos abzugeben. KPÖ, Tel. 0316 / 71 24 79.

DUPLO gesucht

Alleinerziehender Vater einer behinderten Tochter sucht dringend Duplo-Steine für therapeutische Förderung, Telefon 0650/ 6459862.

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:
Graz Stadtblatt,
Lagergasse 98a, 8020
Graz, Fax 71 62 91
stadtblatt@kpoe-graz.at

AMSEL-Stammtisch für Arbeitslose

Möglichkeit für Menschen ohne bezahlte Arbeit, sich mit ihresgleichen zu treffen + auszutauschen: **Nächste Termine: 9. u. 23.12.**

Donnerstags (werk- + 14-tägig) um: 17 Uhr im: CAFE SORGER (I. Stock), Südtirolerplatz 14

0681 / 102 703 42

www.amsel-org.info



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteilgruppe der KPÖ Steiermark, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!



15 songs über harte arbeit in kohlebergwerken, über eisenbahnen, gefängnisse, tragische liebe. als roter faden dient der legendäre „man in black“, johnny cash, der jedes dieser lieder zumindest einmal in seiner langen karriere aufgenommen hat. Preis: 15 Euro. Bestellung: Tel. 71 24 79

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: Do, ab 19 Uhr, Körösistubn. Anfänger und Quereinsteiger: Sa, ab 12 Uhr. Vereinsmitgliedschaft gratis. **27.11: ab 15 Uhr offenes Blitzturnier in der Körösistubn.**



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf

neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten... Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE



Fibi ist ein Findlingskaninchen, weiblich, sucht ein neues Platzel, ist zutraulich und verschmust.



Die sehr liebe Tigerkatze **Leni** ist auch ein Findling, kein Alter bekannt. Braucht neue Besitzer.



Weibliche Ratte **Sugar** sucht Rattenkenner. Viele weitere Ratten suchen ein neues Zuhause.



Mischlingshündin **Luna**, geb. März 09, Scheidungsweise. Sehr freundlich und liebenswert.



Schäfferrüde **Sultan**, geb. 2002, sucht einen Platz wegen Trennung. Ist anhänglich und freundlich.



Milkyway, ca. 8 Monate, ist das Junge einer Streunerkatze. Braucht viel Zuwendung.

PRIVILEGIEN FÜR SPITZENVERDIENER UND KOMMISSARE

EU: Sie leben im Überfluss



Belastungspaketen und Sparprogrammen der EU stehen gewaltige Bezüge im EU-Verwaltungsapparat gegenüber.

122,9 Milliarden Euro gibt die EU dieses Jahr aus – viel davon für den EU-Beamtenapparat. Die Brüsseler Kommission will sich für 2011 rund 7 Milliarden Euro mehr genehmigen. Eventuell wird die Kostensteigerung auf maximal 3,6 Milliarden Euro „beschränkt“. Jene, die nicht mit der Wimper zucken, wenn es um Sozialabbau geht, leben selbst im Überfluss.

Doppelverdiener

EU-Kommissare, die aus dem Dienst ausscheiden, haben drei Jahre lang Anspruch auf ein Übergangsgeld von mindestens 10.000 Euro pro Monat für die Arbeitslosigkeit. Tatsächlich haben einige Ex-Kommissare längst einen

neuen Beruf und kassieren trotzdem weiter das Geld, etwa der irische Ryanair-Aufsichtsrat Charles McCreevy, Italiens Außenminister Franco Frattini und Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė.

Jeder vierte der 23.000 Kommissionsmitarbeiter verdient über 10.000 Euro im Monat. Dazu kommen Auslandszulage, Kinder-, Erziehungs- und Haushaltszulage, Einrichtungsbeihilfen und anderes. Einmal jährlich schenkt die EU ihnen und den Familien eine Heimreispauschale, pro Kopf mehr als 1000 Euro, egal, ob man nach Hause fährt oder nicht. Dazu gibt es bis zu fünf Tage Sonderurlaub. Geschätzte Gesamtkosten: mehr als 1 Milliarde Euro.

Skiferien

Vergangenen Winter bezuschusste der Personalrat des Europaparlaments eine Reise von Beamtenkindern in die

italienischen Alpen mit mehr als 80.000 Euro. Das Geld kam aus einem Topf „Soziale Beziehungen zwischen den Mitarbeitern“.

Chauffeur-Service

Wenn sich die 736 EU-parla-



Kunstwerk in Brüssel.

mentarier einmal im Monat zur Plenarsitzung in Straßburg treffen, müssen sie sich nicht in öffentliche Verkehrsmittel setzen. Es gibt einen Limousinenservice, der 5,25 Mio. Euro pro Jahr kostet. Die Sekretariatszulage für EU Parlamentarier wurde um monatlich 1.500 Euro erhöht.

EU-Agenturen

Die heimliche zweite EU-Bürokratie der EU-Agenturen umfasst bereits ein jährliches Budget von 1,7 Milliarden Euro und zirka 6.700 EU-Beamten. Die Expansion ist rasant steigend. Existierten vor neun Jahren zwölf EU-Agenturen, sind es derzeit bereits 38. Auch das Agenturpersonal ist seit dem Jahr 2000 exorbitant um 4000 Prozent gestiegen.

Volkshaus Redoute 2011: Der Ball für alle

Der beste Ball in Graz geht am 29. Jänner im Volkshaus, Lagergasse 98a, über die Bühne.

Bei welchem Ball in Graz gibt es die beste Stimmung, die beste Musik, die besten Gäste – und das alles als Benefizveranstaltung? Bei der Volkshaus-Redoute, die diesmal am Samstag, 29. Jänner im Volkshaus, Lagergasse 98a, stattfindet. Der Reinerlös kommt wieder einem wohltätigen Verein zugute.

Für die Musik im großen Saal zeichnet einmal mehr die grandiose Band Kanal 4 verantwortlich, dazu gibts Discoklänge im Studio. Damit man kulinarisch auf die Kosten kommt, werden Strudel, Suppe, Schweinsbraten, Cocktails und Co. serviert. Also: Termin eintragen und nicht versäumen!

